

Schleuditz. Die Unterstellungen im Flugdienst erregt, daß ein mit dem Rechnungswesen im Flughafen Schleuditz betrauter Kaufmännischer Angestellter in kurzer Zeit erhebliche Summen untergeschlagen und sie verbaut habe. Dieser Angestellte, der Hauptbuchhalter Rümel, ist jetzt vom Schöffengericht in Halle wegen Unterstellung und Urturhundertjährigkeit zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Fehlbetrag war 21.000 Reichsmark, doch behauptete der Angeklagte, er habe nur einen Bruchteil dieser Summe untergeschlagen. Er habe zum Teil auch aus Not gehandelt, denn er habe eine Schulden in Höhe von 2500 Mark an ein Bankhaus abzuzahlen gehabt, von deren Zahlung die Fortdauer einer ihm zuentannten Bevölkerungsstrafe abhängig gemacht worden sei.

Geithain. Wieder zwei schwere Verkehrsunfälle. Auf der Straße nach Breitenborn fuhr ein Motorradfahrer, der an seinem Fahrzeug nur ein schwaches Licht brennen hatte, ein Viehpaar an, wobei der junge Mann schwere Verletzungen erlitt und ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Das Wädchen und der Fahrer selbst kamen mit dem Schreien davon. — In Ebersbach fuhr ein Motorradfahrer in der gefährlichen S-Kurve gegen einen Schwanz, stürzte und brach dabei beide Unterlisenen.

Treuen. Unfall durch Leichtfinn. Der 40 Jahre alte Kraftwagenfahrer Alfred Holmann fuhr am Mittwoch vormittag beim Abbringen von einem Auto dort auf die Straße, daß er mit einer Gehirnerschütterung nach Plauen ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Er war auf das Trittbrettfuß des Kraftwagens gestiegen und hatte eine Strecke mit dem befremdeten Kraftfahrer zurückgelegt. An dem Unfall ist er selbst schuld.

Wiesau. Das Städtische Orchester gegen die Stadt. Wegen der Entlassung der Zwicker Stadtkapelle stand vor dem Arbeitsgericht in Zwicker wiederum ein Prozeß statt. Die Orchestermitglieder waren als städtische Dauerangestellte mit Rentenberechtigung angestellt. Die Stadt vertritt den Standpunkt, daß laut Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts und des Reichsgerichts „die wirtschaftliche Notlage der Gemeinde ein zwingender Grund für die fristlose Entlastung“ sein könne. Das Arbeitsgericht trat diesem Standpunkt nicht bei, sondern verurteilte die Stadt, das Gehalt — es hatte zunächst ein einzelner städtischer Künstler gefordert — weiter zu zahlen. Zwei Theatermitglieder, die gleichfalls gegen die Stadt klagten, billigte das Arbeitsgericht, ebenso wie förmlich in einem ähnlichen Falte das Bühnenrichtergericht in Berlin, im Wege einer einflussreichen Verfügung bis zur rechtskräftigen Entscheidung des Prozesses Zeugaben zu.

Zwickau. Verhüllter Raubüberfall aufgeklärt. Auf den Besitzer der Schuhwerkstatt „Zum Ruckenstein“ in Weißbach war förmlich ein Raubüberfall verübt worden. Es wurden vom Gendarmenposten als Täter ein 34-jähriger Vertreter aus Döbeln und ein 22-jähriger landwirtschaftlicher Arbeiter aus Döbeln festgenommen.

Schwazenberg. 250 jähriges Kirchenjubiläum. Die Gemeinde Bernsbach beging mit Festgottesdiensten und Kirchenkonzert (Oratorium „Johannes der Täufer“) die Feier des 250 jährigen Bestehens der Kirche.

Planitz. Wandaufniedrigung. Nachdem sich die Mehrheit der Planitzer Sozialdemokraten auf den Standpunkt der oppositionellen Parteirichtung (Sedativ) gestellt hat, hat der auf dem Boden der Partei stehende Stadtverordnetenvorsteher sein Stadtverordnetenamt niedergelegt. Er stützt sich auf § 25 Abs. 7 der Gemeindeverordnung, wonach zur Ablehnung eines Gemeindeverordnetenamtes berechtigt ist, wer „die politischen und wirtschaftlichen Ansichten der übrigen Angehörigen des Wahlvorschlags nicht mehr zu teilen vermag“. Das Stadtverordnetenkollegium genehmigte die Wandaufniedrigung. Müller ist auch Mitglied des Bezirks- und Kreisausschusses.

Plauen. Die gespannten Möbel mit dem Bett verhaftet. Vor einem Grundstück an der Bausser Straße lammelte sich eine große Menschenmenge an. Die Ursache dazu gab das Verhalten eines dort wohnenden Arbeiters, der die Möbelstücke, die ein Polizeirechtsbeamter des Amtsgerichts kurz vorher gepackt hatte, mit einem Beile zerhakte und dann durch das Fenster auf die Straße warf.

Görlitz. Verdeckter Raubüberfall. Gestern abend sollte das Postauto zwischen Schönberg (Oberlausitz) und Görlitz von Verbrechern überfallen werden. Es war beabsichtigt, den Chauffeur zu töten und das Auto zu kontern. Von diesem Plan hatte aber die Kriminalpolizei rechtzeitig Wind bekommen und an den Ort des beabsichtigten Überfalls Landgendarmerie und Kriminalbeamte entsandt. Auch ist der beabsichtigte Geldtransport unterblieben. Im Zusammenhang damit gelang es, bereits gestern abend einen 30-jährigen Arbeiter an der Westkreuzung Thielis-Schönberg und heute früh einen in den 20 Jahren stehenden Görlitzer Kaufmann festzunehmen. Nach weiteren Verbrechern, die an dem beabsichtigten Raubüberfall beteiligt sind, wird noch gesucht.

Die Finanzlage der Stadt Leipzig.

Die Leipziger Stadtverordneten zur Notverordnung

Die Leipziger Stadtverordneten beschäftigten sich mit der sächsischen Notverordnung. In einem von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Dringlichkeitsantrag wird gegen die darin getroffenen Maßnahmen und den in unerträglicher Weise vorgenommenen Abbau der Rechte der Gemeindevertreter protestiert. Nach der Begründung des Antrages führte Oberbürgermeister Dr. Goerdeler aus, daß eine Vereinfachung in der Stadtverwaltung erforderlich und nicht zu umgehen sei. Die Mitarbeit der Gemeindevertreter müsse aber erhalten bleiben. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages.

Oberbürgermeister Dr. Goerdeler legte in einer Pressebesprechung dar, wie sich die neuesten Notverordnungen auf die Finanzlage der Stadt auswirken. Die nach der sächsischen Notverordnung vorgenommenen Kürzungen der Beamten- und Angestelltengehälter ergeben für das Halbjahr Oktober-März eine Erspartnis von 0,6 Millionen Reichsmark. Aus der vierfachen Bürgersteuer wird ein Wehrertrag von 2,1 Millionen Reichsmark erwartet. Schließlich wird die neue, in Vorbereitung befindliche Reichshilfe für Leipzig 4,7 Millionen Reichsmark erbringen. Danach verbleibt immer noch ein Fehlbetrag von rund 10 Millionen Reichsmark, für den aus hübischen Mitteln keine Deckung vorhanden ist. Selbst wenn man annimmt, daß die Verhältnisse in der Wohlfahrtspflege sich nicht ganz so ungünstig gestalten und die Steuerausfälle nicht so hoch werden, wird sich der Fehlbetrag im günstigsten Falle auf 5 Millionen Reichsmark vermindern. Noch nicht zu übersehen ist, welche Erspartnisse die durch die Notverordnungen verfügbare Neuauflistung der Bevölkerungsordnung bringen wird. Auf jeden Fall wird sie sich im laufenden Jahr noch nicht auswirken. Das gleiche gilt von der Erhöhung der Klassenfrequenzen in einzelnen Schulgattungen. Die neue Reichsnothilfe wird die deutschen Städte höchstens bis Weihnachten in den Stand setzen, die Wohlfahrtssäfste zu tragen. Bis dahin muß also etwas Durchgreifendes geschehen. Hilfe kann nur eine Wenderung des Systems der Arbeitslosenfürsorge bringen.

Deutsche Bauern, helft Not lindern

Urg. Berlin. Der Präsident der Vereinigung der Deutschen Christl. Bauernvereine, Reichsminister a. D. Dr. Dr. haben einen

Aufruf an die deutschen Bauern

gerichtet, der einen Appell an Hilfeleistung der Bauern in der großen Notzeit enthält. In dem Aufruf wird daran erinnert, daß die unbeholsolle Entwicklung unseres Wirtschaftslebens, die Millionen von arbeitswilligen deutschen Bauern zur Arbeitslosigkeit verurteilt, ihren Höhepunkt noch nicht erreicht habe, daß vielmehr die Arbeitslosenziffer im kommenden Winter noch möglicherweise erhöht werden könnte. Das Wädchen und der Bauer selbst seien mit dem Schreien davon. — In Ebersbach fuhr ein Motorradfahrer in der gefährlichen S-Kurve gegen einen Schwanz, stürzte und brach dabei beide Unterlisenen.

Leben. Unfall durch Leichtfinn. Der 40 Jahre alte Kraftwagenfahrer Alfred Holmann fuhr am Mittwoch vormittag beim Abbringen von einem Auto dort auf die Straße, daß er mit einer Gehirnerschütterung nach Plauen ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Er war auf das Trittbrettfuß des Kraftwagens gestiegen und hatte eine Strecke mit dem befremdeten Kraftfahrer zurückgelegt. An dem Unfall ist er selbst schuld.

Wiesau. Das Städtische Orchester gegen die Stadt. Wegen der Entlassung der Zwicker Stadtkapelle stand vor dem Arbeitsgericht in Zwicker wiederum ein Prozeß statt. Die Orchestermitglieder waren als städtische Dauerangestellte mit Rentenberechtigung angestellt. Die Stadt vertritt den Standpunkt, daß laut Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts und des Reichsgerichts „die wirtschaftliche Notlage der Gemeinde ein zwingender Grund für die fristlose Entlastung“ sein könne. Das Arbeitsgericht trat diesem Standpunkt nicht bei, sondern verurteilte die Stadt, das Gehalt — es hatte zunächst ein einzelner städtischer Künstler gefordert — weiter zu zahlen. Zwei Theatermitglieder, die gleichfalls gegen die Stadt klagten, billigte das Arbeitsgericht, ebenso wie förmlich in einem ähnlichen Falte das Bühnenrichtergericht in Berlin, im Wege einer einflussreichen Verfügung bis zur rechtskräftigen Entscheidung des Prozesses Zeugaben zu.

Zwickau. Verhüllter Raubüberfall aufgeklärt. Auf den Besitzer der Schuhwerkstatt „Zum Ruckenstein“ in Weißbach war förmlich ein Raubüberfall verübt worden. Es wurden vom Gendarmenposten als Täter ein 34-jähriger Vertreter aus Döbeln und ein 22-jähriger landwirtschaftlicher Arbeiter aus Döbeln festgenommen.

Schwazenberg. 250 jähriges Kirchenjubiläum. Die Gemeinde Bernsbach beging mit Festgottesdiensten und Kirchenkonzert (Oratorium „Johannes der Täufer“) die Feier des 250 jährigen Bestehens der Kirche.

Planitz. Wandaufniedrigung. Nachdem sich die Mehrheit der Planitzer Sozialdemokraten auf den Standpunkt der oppositionellen Parteirichtung (Sedativ) gestellt hat, hat der auf dem Boden der Partei stehende Stadtverordnetenvorsteher sein Stadtverordnetenamt niedergelegt. Er stützt sich auf § 25 Abs. 7 der Gemeindeverordnung, wonach zur Ablehnung eines Gemeindeverordnetenamtes berechtigt ist, wer „die politischen und wirtschaftlichen Ansichten der übrigen Angehörigen des Wahlvorschlags nicht mehr zu teilen vermag“. Das Stadtverordnetenkollegium genehmigte die Wandaufniedrigung. Müller ist auch Mitglied des Bezirks- und Kreisausschusses.

Plauen. Die gespannten Möbel mit dem Bett verhaftet. Vor einem Grundstück an der Bausser Straße lammelte sich eine große Menschenmenge an. Die Ursache dazu gab das Verhalten eines dort wohnenden Arbeiters, der die Möbelstücke, die ein Polizeirechtsbeamter des Amtsgerichts kurz vorher gepackt hatte, mit einem Beile zerhakte und dann durch das Fenster auf die Straße warf.

Görlitz. Verdeckter Raubüberfall. Gestern abend sollte das Postauto zwischen Schönberg (Oberlausitz) und Görlitz von Verbrechern überfallen werden. Es war beabsichtigt, den Chauffeur zu töten und das Auto zu kontern. Von diesem Plan hatte aber die Kriminalpolizei rechtzeitig Wind bekommen und an den Ort des beabsichtigten Überfalls Landgendarmerie und Kriminalbeamte entsandt. Auch ist der beabsichtigte Geldtransport unterblieben. Im Zusammenhang damit gelang es, bereits gestern abend einen 30-jährigen Arbeiter an der Westkreuzung Thielis-Schönberg und heute früh einen in den 20 Jahren stehenden Görlitzer Kaufmann festzunehmen. Nach weiteren Verbrechern, die an dem beabsichtigten Raubüberfall beteiligt sind, wird noch gesucht.

Die Finanzlage der Stadt Leipzig.

Die Leipziger Stadtverordneten zur Notverordnung

Die Leipziger Stadtverordneten beschäftigten sich mit der sächsischen Notverordnung. In einem von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Dringlichkeitsantrag wird gegen die darin getroffenen Maßnahmen und den in unerträglicher Weise vorgenommenen Abbau der Rechte der Gemeindevertreter protestiert. Nach der Begründung des Antrages führte Oberbürgermeister Dr. Goerdeler aus, daß eine Vereinfachung in der Stadtverwaltung erforderlich und nicht zu umgehen sei. Die Mitarbeit der Gemeindevertreter müsse aber erhalten bleiben. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages.

Oberbürgermeister Dr. Goerdeler legte in einer Pressebesprechung dar, wie sich die neuesten Notverordnungen auf die Finanzlage der Stadt auswirken. Die nach der sächsischen Notverordnung vorgenommenen Kürzungen der Beamten- und Angestelltengehälter ergeben für das Halbjahr Oktober-März eine Erspartnis von 0,6 Millionen Reichsmark. Aus der vierfachen Bürgersteuer wird ein Wehrertrag von 2,1 Millionen Reichsmark erwartet. Schließlich wird die neue, in Vorbereitung befindliche Reichshilfe für Leipzig 4,7 Millionen Reichsmark erbringen. Danach verbleibt immer noch ein Fehlbetrag von rund 10 Millionen Reichsmark, für den aus hübischen Mitteln keine Deckung vorhanden ist. Selbst wenn man annimmt, daß die Verhältnisse in der Wohlfahrtspflege sich nicht ganz so ungünstig gestalten und die Steuerausfälle nicht so hoch werden, wird sich der Fehlbetrag im günstigsten Falle auf 5 Millionen Reichsmark vermindern. Noch nicht zu übersehen ist, welche Erspartnisse die durch die Notverordnungen verfügbare Neuauflistung der Bevölkerungsordnung bringen wird. Auf jeden Fall wird sie sich im laufenden Jahr noch nicht auswirken. Das gleiche gilt von der Erhöhung der Klassenfrequenzen in einzelnen Schulgattungen. Die neue Reichsnothilfe wird die deutschen Städte höchstens bis Weihnachten in den Stand setzen, die Wohlfahrtssäfste zu tragen. Bis dahin muß also etwas Durchgreifendes geschehen. Hilfe kann nur eine Wenderung des Systems der Arbeitslosenfürsorge bringen.

förderndem Maße helfen können. Es bedürfe daher der ergänzenden Freiwilligenhilfe.

Eingeckt der groben Opfer, die der christliche Bauernstand in der Kriegs- und Nachkriegszeit freiwillig für die Notleidende großstädtische Bevölkerung auf sich genommen habe, ergebe an die christlichen Bauern die dringende und herzliche Bitte, bei den in nächster Zeit von den Karitätsvereinen oder anderen sozialen und kirchlichen Zielen durchgeführten Sammlungen eine offene und gebeständige Hand zu zeigen und sich insbesondere, wie in früheren Jahren großer Volksnot, dazu bereit zu finden, Kinder armer Großstadtteltern in den Bauernfamilien aufzunehmen. Die immer drückender werdende eigene Not des deutschen Bauernlandes sei wohl bekannt. Man müsse aber auch darauf hinweisen, daß es bei vielen der Arbeitslosen nach Erholung ihrer versicherungsmäßigen Aufpräle um die Erhaltung ihrer nackten Existenz geht und daß es gelte, diese Armut der Armen vor Hunger und Verzweiflung zu bewahren.

Der an Verdauungsstörungen Leidende behält die ihm verordnete Diät bei und führt auch sonst, gemäß den Verordnungen seines Arztes, das Leben weiter, das ihm im Kurort nützt, unterstützt die Verdauung durch zeitweilige Ruhe, durch Wärmeapplikationen usw.

Der Stoffwechselkrank — dazu gehören z. B. Bettel- und Baderkrank — ist besonders darauf angewiesen, es nicht bei der Kur von 4 Wochen zu belassen, sondern entsprechend den vorliegenden Krankheitszeichen Ernährungs- und Lebensweise fortzuführen, im Einvernehmen mit seinem Arzt, der ihn zu unterweisen hat, wie er das alles auch im eigenen Haushalt durchführen kann.

Etwas Energie gehört zum Gesundwerden, zum Sich-findenhalten; der Willen, gefunden zu bleiben, muß da sein. Wird der Kranke sich aber bewußt, daß seine falsche Lebensweise ihm den gesundheitlichen Schaden brachte, sieht er, daß auch bei konstitutioneller Anlage und Schädigungen des Berufs die natürliche Rendierung und Umstellung sich nützlich erwies, so wird er umso leichter sich entschließen, die im Badeort gemachte Lebensart weiter fortzuführen; er wird sich bereit finden, das Bad, das ihm Besserung brachte, wieder aufzusuchen oder eine gleichartige Kur zu Hause durchzumachen.

Es war nicht voll in den deutschen Badeorten, nirgends, sofern wir übersehen konnten. Die Badeorte leiden erheblich unter den wirtschaftlichen misslichen Verhältnissen, aber allerorten hat man auch ver sucht, den Verhältnissen sich anzupassen, überall bestand die Möglichkeit, zu angemessenen Preisen zu wohnen, zu essen, Kur zu gebrauchen. Man hat die Kosten gesenkt, man hat in vielen Badeorten billige Pauschalkuren eingeführt, die alles umfaßten, was der Kurtag auszugeben hat, Wohnung und Pension, Arzt und Kurmittel.

Die Tasse Kaffee war in den besten Lokalen nicht teurer als zu Hause. Das Lanzar war der Jugend nicht durch „Bededawong“ mit teuren Preisen vergrößert. Aber es wurde nicht voll; die Witte und Geschäftstüte der Bade- und Kurorte haben schwer zu kämpfen und halten sich oft nur mit Mühe aufrecht.

Dr. M.

Hanshi brüsst was aus.

Von Dr. Wolfgang Schmidt-Wittenburg.

Hanshi ist beim Spielen heut so launisch! Sonst ein verträglicher netter Kürbis, ist er heut gerast, heult ohne Grund und sonst sich. Bei Tisch hat er kaum gesessen, dafür sieht man ihn oft zum Brunnen laufen, um Wasser zu trinken.

Die Mutter, stob einmal für sich etwas tun zu können, hat sich wenig um Hanshi gekümmert. Sie holt sein Verhalten auch für Unart und droht, als Hanshi eben wieder heult, mit Schlägen. Kurz darauf erscheint Hanshi mit der Frage „mir ist 100 schlecht“, aber die Mutter löst sich auf seine Unterhaltung ein. „Das kommt von dem unvernünftig vielen Wasserrinnen“, meint sie kurz.

Bald muß Hanshi wieder stören, denn er hat nun auch Kopf- und Halsmöhre, er traut sich gar nicht recht raus, denn Mutter ist heut so böse. Da würgt es ihn, und unter ekelhaften Stöhnen entlässt er seinen Wagen. Mutter ruft: „Marisch ins Bett“, sie muss Hanshi aber mehr tragen als führen, denn ihm sind alle Glieder wie abgeschlagen, der kalte Schweiß steht ihm auf der Stirn und über den Nüden laufen ihm kalte Schauer.

Die Mutter und Sohn so ins Haus geben, kommt die alte Hausmeisterin daher. Sie hatte selbst einen Haufen Kinder und kennt sich daher gleich aus. „Wie sieht denn ihr Hansi aus, genisch brüsst der was aus; meine haben garad so angehangen damals, wie sie den Scharlach hatten!“ Hanshi Mutter ist bestüst! Freilich, der Scharlach sollte ja in der Stadt sein, da konnte Hansi am Ende von der Schule was beimgebracht haben? Wo nur schnell einen Arzt her!

Der alte Dr. Höher, seit Jahren Arzt in der Familie, beschafft sich den Ball und gab der Hausmeisterin recht. Ein Blick in den Hals Hansis, dazu die Stiebermessung und der Umstand, daß Hansi mit frischen Schulamerasen — allerdings vor ihrem Herbleiben in der Schule — zusammen war, ergab die Feststellung: „beginnender Scharlach.“ „Werken Sie sich“, sprach Dr. Höher zu Hansis Mutter, „Kinder — natürlich auch Erwachsene — die etwas ausbrüsten“, befinden sich im Anfangsstadium von ansteckenden Krankheiten. Man kann auch als Arzt oft nicht immer gleich sagen, was für eine Krankheit kommt, man muß abwarten und in dieser Zeit nichts versäumen! Da ist zuerst außerst wichtig, daß diese „brüstenden“ Menschen schon in der Uuge sind, andere anzustechen, obwohl man ihre Krankheit selbst noch nicht nachweisen kann! Also Absonderung, nicht mehr in die Schule schicken, kein allgemeines Verkehrsmittel mit solchen verdächtigen Kindern benutzen. Das Pflegepersonal, — bei Ihnen Sie selbst —, soll ständig gurgeln, denn die meisten Infektionen gehen über den Mundhakenraum. Sind Durchfälle da, dann den Stuhl mit etwas Salz oder Chloral desinfizieren, ehe man ihn in den allgemeinen Abort schüttet, und am zweitmäßigsten, was Sie ja toten, den Arzt rufen. Er weiß am besten, welche besondere Vorsicht in dem einen oder anderen Fall nötig ist, auch hinsichtlich der polizeilichen Anzeige. Denn viele ansteckende Krankheiten, bei einzelnen sogar schon der Verdacht auf eine solche, sind meldepflichtig. Morgen wird der Ausschlag wohl da sein, obwohl es Fälle von Scharlach ohne Ausschlag nicht zu selten gibt! Wir wollen hoffen, daß alles gut geht!“

Sechs Wochen mußte Hansi zu Hause bleiben, aber unter der Obhut des Arztes und der Pflege der Mutter ging alles gut, so daß er nach Abschluß der Krankheit wieder lustig und munter zur Schule gehen konnte, wie eben.